

## Schwerpunkt Zweiter Sitzungstag im Oktober-Landtag

## Fairer Finanzausgleich: Staat darbt – Gemeinden machen Gewinn?

**Systemwechsel** Mittels Interpellation wollten verschiedene VU-Abgeordnete von der Regierung wissen, ob sie Handlungsbedarf bezüglich Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden sieht. Die Antwort freute nicht alle Abgeordneten.

VON DORIS QUADERER

Grundlage für die Interpellation war eine vor gut einem Jahr publizierte Studie der Stiftung Zukunft. li zum Thema Finanzausgleich. Die Stiftung schlug einen Systemwechsel vom heute vertikalen zu einem horizontalen Modell vor. Bei einem horizontalen Finanzausgleich würden die finanzstärkeren Gemeinden die finanzschwächeren direkt unterstützen. Mit dem heute gültigen Modell läuft diese Umverteilung über den Staat. Wie aus der Interpellationsbeantwortung hervorgeht, kann sich die Regierung jedoch nicht für einen Systemwechsel erwärmen. Schliesslich wäre eine solche Neuausrichtung mit einem erheblichen Aufwand und einer Planungsunsicherheit der Gemeinden verbunden, heisst es in der Antwort der Regierung. Zielführender wäre laut Regierung, die Steuerkraftunterschiede der Gemeinden innerhalb des bestehenden Systems genauer zu überprüfen. Für Christoph Wenaweser (VU), der die Interpellation vor gut einem Jahr mitunterzeichnet hatte, eine wenig zufriedenstellende Aussage. Für ihn sei die Antwort der Regierung zu stark im Konjunktiv, also in der Möglichkeitsform, formuliert. Er erkannte darin eine «Abwehrreaktion» der Regierung auf das Thema. Auch Wolfgang Marxer (FL) sah in der Antwort der Regierung eine verpasste Chance: «Es hätte ein anderer Ansatz gewählt werden müssen. Die Regierung weiss, dass Veränderungen in diesen Bereichen eine lange Vorlaufzeit haben. Wir haben



Der Interpellant Christoph Wenaweser (VU) ortete bei dem Thema eine «Abwehrreaktion» der Regierung. Regierungschef Adrian Hasler erklärte, dass man den Finanzausgleich nicht komplett auf den Kopf stellen müsse, um zu erreichen, dass Vaduz und Schaan weniger hohe Überschüsse machen. (Fotos: M. Zanghellini)

jetzt gelernt, dass diese Regierung diesen Prozess nicht starten will.»

#### Aufgaben stärker entflechten

Der stellvertretende VU-Abgeordnete und Plankner Vorsteher Rainer Beck bemängelte, dass die Regierung ausserdem versuche, den Schwarzen Peter den Gemeinden zuzuspielen. Sie suggeriere, die Gemeinden seien nicht an einer Aufgabenentflechtung interessiert. Diverse andere Voten zeigten, dass eine stärkere Aufgabenentflechtung im Landtag durchaus gewünscht wäre. So fände es Harry Quaderer (DU) angezeigt, dass sich die «Gemeindehauptide» und die Regie-



runge nochmals zusammenraufen würden, um beispielsweise im Bereich Alterspflege und Pflegefinanzierung Gespräche zu führen. Johannes Kaiser (FBP) könnte sich eine weitere Aufgabenentflechtung beispielsweise im Bildungsbereich vorstellen, die dafür anfallenden Kosten könnte vollumfänglich der Staat übernehmen, während die Gemeinden beispielsweise für ausserhäusliche Kinderbetreuung aufkommen könnten.

#### Gut betuchte Töchter

Wendelin Lampert (FBP) konnte hingegen weder einem horizontalen Finanzausgleich noch einer stärkeren

Aufgabenverteilung etwas abgewinnen – er stellte sich auf den Standpunkt der Regierung, dass das System beibehalten werden soll, aber an verschiedenen Stellschrauben gedreht werden kann: «Es kann nicht sein, dass der Staat elf Töchter hat, denen es sehr gut geht und er selber lebt im Dauersparmodus.» So rechnete er vor, dass die Gemeinde Vaduz mit seinen Reserven allen Bürgern 24 Jahre lang die Grundprämie der Krankenversicherung bezahlen könnte.

Regierungschef Adrian Hasler erinnerte die Abgeordneten daran, dass die Gemeinden im Zuge der Sparmassnahmen des Landes sehr wohl ihren Teil beigesteuert hätten – und zwar rund 50 Millionen Franken. Ausserdem hätten sich die Gemeindevorsteher vor zwei Jahren gegen eine weitere Entflechtung der Aufgabenfinanzierung ausgesprochen. «Die Regierung war sehr wohl gewillt, weitere Entflechtungsschritte anzustossen, doch die Gemeindevorsteher haben diesem ein Nein erteilt», stellte Hasler klar. Für ihn stelle sich ausserdem die Frage, was denn der Mehrwert eines neuen Finanzausgleichs wäre. Man müsse nicht das ganze System auf den Kopf stellen, nur um zu erreichen, dass Vaduz und Schaan keine hohen Überschüsse machen. Da gäbe es durchaus auch andere Massnahmen. Beispielsweise könne man die Finanzzuweisungen genauer anschauen. Der Regierungschef versprach, am Thema dranzubleiben. Schliesslich hatte die rund zweistündige Diskussion im Landtag gezeigt, dass die Mehrheit der Abgeordneten durchaus weiteren Handlungsbedarf in dem Gebiet sieht.

## Entsendegesetz

### Letzte Schritte für «Gleich lange Spiesse» zur Schweiz

**VADUZ** In zweiter Lesung verabschiedete der Landtag am Donnerstag die Abänderung des Entsendegesetzes sowie weiterer Gesetze. Damit sollten in der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung (GDL)

mit der Schweiz ab 1. Januar 2018 endgültig «gleich lange Spiesse» zu den Eidgenossen herrschen. Gab es während der ersten Lesung noch zahlreiche Wortmeldungen – viele Abgeordnete störten sich vor allem am Aufbau zusätzlicher bürokratischer Hürden –, ging die zweite Lesung abgesehen von wenigen Fragen zu einzelnen Artikeln recht zügig voran. Einstimmig verabschiedete der Landtag die Gesetzesvorlage schliesslich.

Während sich grenzüberschreitende Dienstleister zwar schon seit Anfang des Jahres an die in Liechtenstein allgemein verbindlichen Gesamtarbeitsverträge halten müssen und nur noch eine gewisse Anzahl von Tagen im Land arbeiten dürfen sowie sich dafür in einem neuen elektronischen Meldesystem registrieren müssen, fehlten bislang noch effektive Kontroll- und Strafmechanismen. Eine wesentliche Massnahme dagegen stellt gemäss der gestern verab-

schiedeten Vorlage die bessere gesetzliche Abstützung der Tätigkeit der Zentralen Paritätischen Kommission (ZPK) dar. Diese soll mit gesetzlichen Kompetenzen ausgestattet werden, die effektivere Kontrollen ermöglichen. Der Vollzug könne damit gestrafft und verbessert werden. Die Einführung einer Sanktionskompetenz des Amtes für Volkswirtschaft bildet eine weitere Massnahme, welche die Wirksamkeit der Kontrollen verbessern soll. (df)

## Einhellig

### Landtag stimmt DBA mit Monaco zu

**VADUZ** Das am 28. Juni unterzeichnete Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit dem Fürstentum Monaco wurde am Donnerstag vom Landtag behandelt, der diesem bei 18 anwesenden Abgeordneten einhellig zustimmte. Lobende Worte gab es von den Abgeordneten Eugen Nägele (FBP), Manfred Kaufmann (VU) sowie Thomas Lagerer (FL). Sie alle hoben hervor, dass das Abkommen dem internationalen Standard der OECD entspricht und dementsprechend die vor einem Jahr veröffentlichten Ergebnisse des BEPS-Projekts (Base Erosion and Profit Shifting) berücksichtigt. Positiv erwähnt wurde ausserdem, dass dieses Abkommen auf Wunsch der Finanzplatzakteure in Angriff genommen wurde und Rechtssicherheit herstellte – ohne dass zusätzlich personelle und finanzielle Ressourcen benötigt werden. Dass für Liechtenstein wichtige Schlüsselthemen ebenfalls Niedergang im Vertrag fanden, gütigte der Landtag ebenso. Dies wären unter anderem: Keine Quellensteuer auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren oder der Anerkennung von liechtensteinischen Fonds als abkommensberechtigt. (df)



## Ave GAV

### Informationen für Unternehmer

**SCHAAN** Zahlreiche Unternehmer aus Liechtenstein informierten sich am Donnerstagabend über die allgemein verbindlichen Gesamtarbeitsverträge (ave GAV) und deren Vorgaben, die es zu beachten gilt. Dies auch im Hinblick auf die gestern vom Landtag verabschiedete Abänderung des Entsendegesetzes (siehe oben). Die von kurse.li organisierte Abendveranstaltung wurde gemäss Mitteilung rege genutzt und ZPK-Geschäftsführer Volker Frommelt informierte zusammen mit Ralph Büchel von der Caveris AG über Spezialitäten im Zusammenhang mit den ave GAV.

(Text: red/pd; Foto: Nils Vollmar)

Die Abgeordneten waren in Debattierabend die 25 Traktanden abzuarbeiten noch die Diskussion über das Regierung die Regierung noch 34 Kleine An

